

*Die Ökonomie wird erst ökonomisch,
die Demokratie wird erst demokratisch,
wenn die Ökonomie demokratisch wird.*

Helmut Martens, November 2018

Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz

1. Konfrontiert mit den Folgen eines ‚Epochenbruchs‘

Nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 haben nicht nur prominente wissenschaftliche Beobachter wie etwa Jürgen Habermas (2008) von einer *Zeitenwende* gesprochen oder, wie Paul Krugman (2009) angesichts einer drohenden *neuen Weltwirtschaftskrise* mit der *Wiederkehr von Keynes* gerechnet. Für kurze Zeit konnte man das Wort von der Zeitenwende hierzulande sogar aus dem Mund führender Politiker hören¹ – und der Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber (2010) versuchte, eine Debatte über einen *Kurswechsel für Deutschland* anzustoßen. Wir haben damals im *Forum Neue Politik der Arbeit* (FNPA) mit unseren bescheidenen Möglichkeiten eine Diskussion über einen Kurswechsel in der EU begonnen (Scholz u.a. 2009) und zugleich dazu aufgefordert, *Wirtschaftsdemokratieneu zu denken* (Martens/Scholz 2010, Martens 2010). Unter dem Eindruck der Krisenentwicklung rechneten wir mit Chancen auf Resonanzen. Doch die deutsche Exportwirtschaft mit ihrer diversifizierten Qualitätsproduktion erholte sich rasch. Die Politik half mit schier unbegrenzt verfügbaren Steuergeldern, die Weltfinanzkrise einzudämmen, indem sie ‚systemrelevante‘ Banken subventionierte. Die darüber massiv angewachsene Staatsverschuldung hat sie danach in eine ‚Schuldenkrise‘ umdefiniert, angesichts derer nun die BürgerInnen ‚den Gürtel enger schnallen‘ müssten. Innerhalb der EU gehörte die deutsche Wirtschaft aber zu den Gewinnern der Weltfinanzkrise. Verlierer waren da vor allem die südeuropäischen Staaten. Die gewerkschaftlichen Debatten hierzulande blieben bald stecken; und parteipolitisch spielten Überlegungen zu einer Demokratisierung der Wirtschaft, die eher an alte Konzepte anknüpften, ohnehin nur in der Linkspartei eine Rolle.² Was wir seither erleben, sind der *Triumph gescheiterter Ideen*‘ des neoliberalen Projekts (Lehndorff 2014), weiter voranschreitende gesellschaftliche Spaltungsprozesse, eine *Refeudalisierung* prägender sozialer, ökonomischer wie politischer Strukturen unserer Gesellschaft (Neckel 2013, Zinn 2015, Martens 2016) und das *Kaufen von Zeit* (Streeck 2015) für eine Politik des

¹ Barak Obama sprach immerhin kurzfristig von einem Paradigmenwechsel und dachte vielleicht auch an Keynes. Aus der Sicht von Angela Merkel und Peer Steinbrück hingegen war im Frühjahr 2009 schon der ‚halbe Keynes‘ eher des Teufels. Paul Krugman jedenfalls sieht da die Politik der EU mit Sorge und schimpft Steinbrück einen Repräsentanten *erbärmlicher politischer Führung* mit *vollkommen unwissenden Hasstiraden*, wie man solche in den USA schon bei den Republikanern suchen müsse (siehe Martens 2010,33).

² Zu meiner Unterscheidung von „alter“ und „neuer Wirtschaftsdemokratie“ siehe Martens 2015. Zur späteren Debatte im Umfeld der Linkspartei siehe Demirovic 2018.

‚Weiter-so‘. Gleichzeitig türmen sich die multiplen Krisenprozesse zu immer größeren Problemwolken auf und das Vertrauen der WirtschaftsbürgerInnen in die Problemlösungskompetenz der politischen Parteien schwindet. Keine Partei ist davon in Deutschland derzeit so sehr betroffen wie die Sozialdemokratie. Sie hat zu Beginn des Jahrtausends mit der Agenda 2010 ein Kernstück ihres politischen Selbstverständnisses preisgegeben; manche sagen, sie hätte ihre Seele verkauft. Aber auch die Konservativen Parteien sind im Zeichen eines anwachsenden und zunehmend aggressiven Rechtspopulismus einem spürbaren Erosionsdruck ausgesetzt. Bei der CSU wird dies gerade besonders deutlich. Und auch die längst zu einem reinen Wirtschaftsliberalismus mutierten Liberalen unterliegen tiefgreifenden Veränderungsprozessen. Selbst die moderaten, immer noch im Horizont neoliberalen Denkens verbleibenden europapolitischen Impulse Emmanuel Macrons stoßen bei deutschen Konservativen und Wirtschaftsliberalen weiterhin auf Denkblockaden.

Solidarität mag in solcher Lage noch von der Politik beschworen werden. Doch im Grunde ist sie zu einem für praktisches politisches Handeln weithin folgenlosen Grundwert geworden. Darüber, worauf sie gründet und was sie zu einer Kraft für die Gestaltung einer wirklich solidarischen Gesellschaft machen könnte – die wie jede Gesellschaft auf unserer Fähigkeit zur Zusammenarbeit beruht (Sennett 2014), auch in unserer inzwischen so sehr neoliberal auf das *Ego im Spiel des Lebens* (Schirrmacher 2013) geprägten Zeit, - wird kaum einmal systematisch nachgedacht.³

In der Schweizer Sozialdemokratie sind Vorstellungen, *eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch zu bringen* hingegen Beschlusslage. Voraussetzung dafür ist offenkundig ein seit langem ‚vorlaufender‘ Diskussions- und Selbstverständigungsprozess, der seit mehr als zehn Jahren bemerkenswert grundlegend und umfassend geführt wird. An seinem Beginn steht ein im Jahr 2004 von 12 Personen gegründetes *Denknetz SP Schweiz*, das 2018 über 1200 Mitglieder zählt, darunter 90 Aktive in verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen (Wermuth/Zwicky 2018a). Schon 2006 findet sich im ‚Jahrbuch Denknetz‘ ein Artikel unter der Überschrift *Radikale Demokratie statt Korporatismus*, in dem es in den abschließenden Thesen heißt:

Demokratisierung statt Korporatismus: Von zentraler Bedeutung ist der Bruch mit allen Formen des Korporatismus, seien dies traditionelle Formen oder neokorporatistische Arrangements. Politische Orientierungen müssen heute entlang der sozialen Konflikte entwickelt werden und nicht entlang der diversen politischen Konsensmechanismen (Hervorhebung im Original).

In Deutschland hingegen ist genau ein solcher *neuer Krisenkorporatismus* prägend geworden (Urban 2013, 198ff). Die Debatten über einen *Kurswechsel für Deutsch-*

³ Das letzte sozialwissenschaftliche Buch deutscher Sprache, in dem dies versucht worden ist, stammt von Rainer Zoll (2000). Zu meinem jüngsten Anstrengung über den Begriff der Solidarität neu nachzudenken – anknüpfend an Rainer Zoll, Richard Sennett und auch Albert Camus – vgl. Martens 2018a.

land sind hingegen nur eine kurze Episode geblieben. Mit einer Position, wie sie in der Schweizer Sozialdemokratie offenbar seit zehn Jahren immer mehr an Boden gewonnen hat, wäre man in den deutschen Gewerkschaften weit links außen und hätte vermutlich sehr geringe Resonanz. Aber auch die parteipolitischen Debatten sind in beiden Ländern höchst unterschiedlich. Das *Positionspapier SP Schweiz* belegt das deutlich. Darin geht es vor allem um *die Art und Weise des Wirtschaftens* und die *Vision* (...) einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie. Im Blick auf die SP Schweiz haben Cédric Wermuth und Pascal Zwicky (2017) jüngst *Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie* vorgelegt. *Make Social Democracy Great Again!* lautet die Überschrift. Sie sagen, dass eine zukunftsfähige Sozialdemokratie *transformatorisch*, also über den Kapitalismus hinausweisend sein müsse. Sie fordern einen *Linkspopulismus mit emanzipatorischem Charakter* und argumentieren, *die sozialdemokratische Partei des 21. Jahrhunderts* werde *feministisch* sein, oder sie werde *nicht sein*. Weiter sprechen sie von einem *neuen Zeitalter linker Selbstermächtigung jenseits des ‚Wartens auf den Staat‘*, und sie plädieren dafür, *im Dialog zwischen institutioneller Politik und Zivilgesellschaft einen stabilen Rahmen für die Weiterentwicklung und Stärkung von Initiativen von unten* zu schaffen. Und Christian Levrat schreibt im Vorwort des Positionspapiers SP Schweiz, das seit dem Parteitag vom Dezember 2016 Beschlusslage ist, es gehe darum *ein neues wirtschaftspolitisches Aktionsfeld für die SP* zu öffnen. Es gehe um *unterschiedliche Projekte und Unternehmen, die eines gemeinsam haben. Sie widersetzen sich den Regeln der kapitalistischen Wirtschaft, die uns immer wieder als einzig mögliche Wirtschaft verkauft wird*. An das Positionspapier anschließend hat die SP Schweiz im Frühjahr 2017 einen Aktionsplan verabschiedet, mit dem über vier Jahre hinweg im Rahmen einer *wirtschaftsdemokratischen Offensive* (Wermuth/Zwicky 2018b) fokussiert einzelne Projekte verfolgt werden sollen.

2. Wohin nach dem kurzen Schreck über die ‚Zeitenwende‘ und der Politik des ‚Weiter-so‘?

Man reibt sich die Augen. Die Deutsche Sozialdemokratie hat im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 auf eine Wiederanknüpfung an ihr reformpolitisches Jahrzehnt zu Zeiten Willy Brandts gesetzt. Es ging also im Grunde um ihre Version einer Rückbesinnung auf die soziale Marktwirtschaft – bei zugleich einer etwas verschämten und halbherzigen Kritik ihrer Agenda 2010. Doch die Menschen haben nach einer ganz kurz belebten Phase der Hoffnung auf einen wirklichen Kurswechsel gemerkt, dass Antworten auf die großen Herausforderungen und Zukunftsfragen *nach* dem Epochenbruch ausgeblieben sind.⁴ In der deutschen Sozialdemokratie wird nun zwar

⁴ Zur Erinnerung: die Kernthese der Debatten im *Forum neue Politik der Arbeit* (www.fnpa.eu, Scholz u.a. 2006) war, dass der Neoliberalismus, dem in Deutschland eben die rot-grüne Regierungskoalition mit der Agenda 2010 - unter dem Druck bereits zunehmend ‚entbetteten‘ Ökonomie im Zeichen eines *progressiven Liberalismus* der regierenden Demokraten in den USA und von *New Labour* in Großbritannien - noch einmal besondere Schubkraft verliehen hat, zwar der ‚Geburtshelfer‘ von etwas Neuem sei, nicht aber dieses Neue selbst. Der Neoliberalismus hat über mehrere Jahrzehnte hinweg epochale Veränderungen forciert, ist aber inzwischen ein krisenbehaftetes, vom Scheitern bedrohtes und an-

seit der Niederlage bei der letzten Bundestagswahl über eine notwendige Erneuerung der Partei diskutiert. Was das bedeuten soll, ist jedoch noch weithin unklar. Jürgen Habermas sagt, die SPD sei *verzagt und mutlos* (SZ 06.07. 2018) Eine Debatte bis hin zu einem Aktionsplan wie in der SP Schweiz scheint innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nahezu undenkbar. Manche Sozialdemokraten hierzulande blicken auf den Aufbruch der Labour Party unter Jeremy Corbin – gegen hinhaltenden Widerstand der Mehrheit seiner Fraktion im House of Parlements (Kuhls 2016a und b). Oder sie sind beeindruckt von den Mobilisierungserfolgen, die Bernie Sanders‘ im Vorwahlkampf der Demokraten erreicht und die er als *unsere Revolution* bezeichnet hat (Sanders 2017). Aber die Entwicklungen in der SP Schweiz, die schon lange vor der Weltfinanzkrise eingesetzt haben, werden hierzulande bislang kaum registriert. Auch Andrea Ypsilanti (2018) hat in ihrem *Plädoyer für eine zukunftsweisende linke Politik* im Wesentlichen die Entwicklungen in Großbritannien und in den USA im Blick - und außerdem die sozialen Konflikte und neuen sozialen Protestbewegungen in einigen Südeuropäischen Ländern. Ob das bemerkenswerte Plädoyer, das sie zu Anfang des Jahres 2018 vorgelegt hat, im Zuge der angekündigten grundlegenden Erneuerung der Partei Resonanzen auslösen wird, bleibt abzuwarten. Ihr geht es um eine öko-soziale Erneuerung unserer Gesellschaft und ihrer demokratischen Verfassungswirklichkeit. Die Frage einer Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft wirft sie eher am Rande auf. Doch ihr Buch erweist sich in unserer Lage als hoch anregend, denn auch sie wirft einen Blick auf die Herausforderungen, die vor uns liegen, und auch sie fragt nach transformatorischen Perspektiven. Sie sieht bei der SPD als Volkspartei noch ‚Offenheiten‘, wo andere eher skeptisch sind und viele die Partei deshalb längst verlassen haben.

Man sollte sich allerdings klar machen, wie sehr und grundsätzlich in Deutschland nach 1945, beginnend mit der *verhinderten Neuordnung* (Schmidt 1971), die Optionen einer transformatorischen Perspektive immer verstellt gewesen sind. Das kann man hervorragend in Werner Abelshausers (2009) Matthöfer-Biographie nachgezeichnet finden. Für den Sozialisten Hans Matthöfer bleiben am Ende seines Lebens, so Werner Abelshausen, nur die *Aporien der Politik*. Dass *der Horizont der Sozialdemokratie (...) immer über den Kapitalismus hinaus* gereicht hat (Positionspapier Schweiz, 2016, 13) ist über deren Programme belegt. Hier trifft das leider so nicht zu – auch wenn es hier den ‚Orientierungsrahmen 85‘, oder in den Gewerkschaften der 1970er Jahre die Debatte um Investitionslenkung gegeben hat. Es sei daran erinnert, dass der radikale Sozialist Albert Camus (2010) sich, zehn Jahre nach Kriegsende und in seinem Fall stärker aus französischer Perspektive, immer noch als *Prometheus in der Hölle* empfunden hat und noch nicht sah, wie man da wieder herauskommen könnte. Eine Erweiterung des Blickfeldes, wie sie die SP Schweiz heute als

gezähltes Projekt, auf das bei Strafe sonst zunehmend katastrophaler Folgen neue sozial-ökologisch nachhaltige und damit zukunftsweisende Antworten gesucht und gefunden werden müssen.

selbstverständlich ansieht, müsste hierzulande neu gelernt werden.⁵ Jedenfalls stellt sich die Frage, weshalb die Schweizer Sozialdemokraten heute bemerkenswert offensiv eine transformatorische Perspektive zu entwickeln suchen, während die SPD ihre Erneuerung, und die Gewerkschaften eine Rückgewinnung erweiterter Handlungsoptionen, eher, und bislang vermutlich allenfalls, als Rückbesinnung auf eine ‚wirkliche‘ soziale Marktwirtschaft denken wollen und können. Wir sind in unseren Debatten im FNPA mit der These, dass der Weg dahin zurück im Ergebnis des Epochenbruchs versperrt sei,⁶ nie wirklich durchgedrungen. Der Glaube in die Zukunftstauglichkeit vermeintlich uneingeschränkt bewährter und institutionell befestigter alter Muster von Arbeitspolitik blieb hierzulande weithin ungebrochen.

Zur Beantwortung der Frage, weshalb das in der SP Schweiz anders ist⁷ und deshalb einen Illusionslosen Blick auf die Umbrüche der Zeit ermöglicht, können einem eine Reihe von Gesichtspunkten einfallen:

- Die Schweiz ist ein kleines Land, konservativ und eine ‚Herzkammer‘ des Finanzkapitals.
- Die SP Schweiz ist im Rahmen der dortigen Konkordanzdemokratie gewissermaßen zugleich Teil der Regierung und in der Opposition - und sie ist, wie das Land, nicht in die EU und die Politikmechanismen der EU-Administration eingebunden.
- Es gibt dort, anders als in Deutschland, keinen Grund für den übersteigerten Antikommunismus, der hier immer prägend war,
- Es gibt überdies vermutlich wichtige Besonderheiten der eigenen Tradition (Allmende, Genossenschaften), eine ausgeprägte plebiszitäre demokratische Tradition, in den Organisationen, die in der Arbeiterbewegung wurzeln, vielleicht auch eine weniger durchschlagende *deutsche Ideologie*⁸, jedenfalls keine Geschichte von Spaltungen.

Hingegen gilt in Deutschland eben:

⁵ Bei meinem Blickwinkel mag eine Rolle spielen, dass der des Wissenschaftlers eben etwas anders ist als der der Politikerin. Die ist - unvermeidlicher Weise - immer dichter beim *Optimismus des Willens*. Ich hingegen suche – ebenso unumgänglich - kritischer im *Pessimismus des Gedankens* nach Anknüpfungspunkten dafür, diesen Optimismus beizubehalten (Martens 2018b).

⁶ Siehe dazu die *Spandauer Thesen* in Scholz u.a. 2006.

⁷ Siehe in diesem Zusammenhang das *Positionspapier SP Schweiz* vom Dezember 2016 sowie Cédéric Wermuth 2017.

⁸ Albert Camus verwendet diesen Begriff in *der Mensch in der Revolte* (2016,390f) polemisch für den *prophetischen Marxismus*, der die politische Linke der ersten und zweiten Internationale maßgeblich geprägt hat – und stellt ihm seinen *mittelmeerischen Geist entgegen*, an den, auf der Höhe der Zeit neu interpretiert, Ypsilanti (2018, 208) anzuknüpfen vorschlägt. Beide weisen damit einige Nähe zu der Unterscheidung von *politischer* und *sozialer Linker* auf, die Richard Sennett (2014) in seinem jüngsten Buch vorgenommen hat.

- Die Geschichte der SPD ist eine, die stets auch geprägt ist von Spaltungen.
- Das was Albert Camus die *Deutsche Ideologie* nennt, oder worauf Richard Sennetts Unterscheidung von *politischer* und *sozialer Linker* in gleicher Weise zielt⁹, hatte immer hohes Gewicht in allen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung.
- Die SPD ist aus ihrer ganzen Geschichte heraus auch geprägt davon, staatstragend sein zu wollen - und dann auch immer wieder irgendwie zu müssen,
- Die SPD rechnet es sich bis auf den Tag als ihren mit der Agenda 2010 verknüpften Erfolg an, dass die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb so erfolgreich dastehe, und die Eckpfeiler einer angebotsorientierten Ökonomie prägen ihr wirtschaftspolitisches Denken.
- Und mit diesem Denken ist sie schließlich, der darüber (noch) gefestigten hegemonialen Stellung Deutschlands innerhalb der EU fest verpflichtet, ganz maßgeblich am Niedergang der Sozialdemokratie vor allem in den südeuropäischen Ländern beteiligt – und deshalb zugleich ein Schlüssel dafür, dem eventuell doch noch wirksam gegenzusteuern.

Andrea Ypsilanti ist mit ihren Überlegungen dicht bei der *sozialen Linken* Richard Sennetts, und sie verfolgt im Grundsatz einen radikaldemokratischen Ansatz, der der SPD der 1970er Jahre nur in schwachen Ansätzen eigen war. Aber sie setzt - anknüpfend an ihre Bewertung der Reformprojekte der 1970er Jahre und ihre Analyse der heutigen Herausforderungen - bemerkenswerte Akzente für ein ‚transformatorisches‘ Reformprogramm. Ihre Kernpunkte lauten: (1) *Arbeitszeitverkürzung* - auf Grundlage der immensen Produktivitätsfortschritte und im Hinblick auf Zeitgewinn für ein befreites Leben, mit Zeit für Demokratie als Lebensform, gewinnt einen zentralen Stellenwert. Das gilt (2) auch für Neuansätze zur *Schaffung sozialer Sicherheit*. Das bedeutet für sie eine starke Akzentsetzung auf ein bedingungsloses Grundeinkommen. Damit verknüpft sich (3) die Überzeugung, dass es darum gehen müsse, zu *arbeiten um zu leben*. Es geht also darum ein anderes Leben anzustreben, und die Bedeutung der *Utopie* wird damit für Politik wieder wichtig. All das geht (4) nicht ohne einen *offensiven Umgang mit der Eigentumsfrage*, und den fordert sie unter Bezugnahme auf Pierre-Joseph Proudhon, also den Widerpart des Marxismus als der *deutschen Ideologie*, wie Albert Camus in *Der Mensch in der Revolte* nicht ohne Polemik formuliert hat. Sie wendet sich (5) gegen die falsche (grüne) Versöhnung von Ökologie und Ökonomie - und unsere *Imperiale Lebensweise*, wie sie unter Bezugnahme auf das Buch von Ulrich Brandt und Markus Wissen (2017) formuliert. Schließlich ist all das für sie (6) nur denkbar, wenn angesichts der *Krise der Reprä-*

⁹ Richard Sennett (2014, 61-68) verweist dazu auf die Handlungsansätze in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die nicht zuerst auf die Zentralisierung der eigenen Machtmittel gesetzt haben, sondern – so auch unter Zurückstellung intern tendenziell verfeindender Richtungsentscheidungen - auf die Stärkung von Zusammenarbeit und zunehmend selbstbestimmte Kooperation der Arbeitenden. Er geht auf Beispiele in Chicago, Barcelona und Moskau ein. Die Nähe zu Camus Anarchosyndikalismus ist unübersehbar. Ich bin in einer meiner letzten Veröffentlichungen (Martens 2018a) auf die in diesem, Punkt sehr ähnlichen Argumentationen von Sennett und Camus näher eingegangen.

sentation eine *Erneuerung der Demokratie* gelingt. Über die denkt sie dann aber im wesentlichen nur im Blick auf den ‚klassischen‘ öffentlichen Raum nach. Ein neuer Schub der Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft, der in der Programmatik der SP Schweiz einen herausgehobenen Stellenwert hat, wird von ihr programmatisch nicht gefordert.

Ihre Überlegungen zur *Notwendigkeit einer radikalen Reformpolitik und einer grundlegenden Transformation*, von denen aus es dann weiter zu Albert Camus‘ *Drehbuch* geht, sind wichtig. Unerörtert bleibt aber die arbeitspolitische Debatte, wie wir sie hierzulande im Rahmen des Forums Neue Politik der Arbeit seit langem führen - sicherlich mit sehr begrenztem Erfolg. In diesem Zusammenhang dürfte der Blick auf die SP Schweiz nützlich sein. Programmatik und Aktionsplan zielen auf nicht weniger als auf *Demokratie als sozialdemokratisches Hegemonieprojekt*, das explizit gegen rechtspopulistische Angriffe auf unsere Demokratie gerichtet ist.¹⁰ Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft wäre in einem so weit gefassten Rahmen ein wichtiges, letztlich unverzichtbares Teilprojekt. Es geht um einen der ‚Schlüssel‘ sowohl für die unumgängliche Erneuerung der Demokratie wie auch für eine radikale Veränderung der Steuerungsmechanismen der Wirtschaft. Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, im je nationalen Rahmen wie auch im Blick auf die EU, ist diese Debatte unverzichtbar. Und im untrennbaren Zusammenhang damit, bleibt die unumgängliche Stärkung des *Selbertuns* der Arbeitsbürger*innen, auf das Frieder O. Wolf in den Debatten des Forums Neue Politik der Arbeit immer wieder hingewiesen hat,¹¹ für sozialökologische Reformen entscheidend, die den Namen Reform wieder verdienen würden. Mondragon an einer Stelle beispielhaft anzusprechen¹², ist da wichtig, reicht aber nicht aus.

3. Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen¹³

In den Debatten des Forums Neue Politik der Arbeit ist seit 2010 das Konzept einer *Neuen Wirtschaftsdemokratie* (Martens 2010) zunehmend prägnanter herausgearbeitet worden. Im Unterschied zu der ‚alten‘ Wirtschaftsdemokratie, haben wir den Demokratieaspekt besonders stark gemacht – was nicht heißt, dass wir uns darauf begrenzen; die ökonomische Dimension spielt selbstverständlich ebenso ihrer Rolle.¹⁴

¹⁰ Siehe dazu die Tagungsdokumentation auf www.fnpa.eu

¹¹ Siehe zu den damit verknüpften Gestaltungsherausforderungen ‚neuer Arbeit‘ zuerst Wolfs Argumentation (2001) in dem Reader zu der sfs- Veranstaltungsreihe *Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit* aus dem Jahr 2001.

¹² Das diesem Aufsatz vorangestellte Zitat stammt von einer älteren Homepage der Genossenschaft Mondragon.

¹³ So lautet der Titel des Positionspapiers der SP Schweiz

¹⁴ Diese Akzentsetzung auf eine starke Demokratie in – in expliziter Abgrenzung zu den autoritären Populisten, die weltweit auf dem Vormarsch sind – ist eine wichtige Gemeinsamkeit unserer Debatte mit der der SP Schweiz.

Neue Wirtschaftsdemokratie zielt zunächst – und das betrifft eben die ökonomische Dimension - auf Wiedereinbettung des Marktes in politische Rahmensetzungen. In diesen Zusammenhang gehören:

- die Regulierung der Finanzmärkte,
- eine Stärkung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Investitionen,
- die Förderung von Genossenschaften
- und eine Stärkung gesamtwirtschaftlich steuernder Eingriffe – national und europäisch.

Neue Wirtschaftsdemokratie zielt also sehr wohl auf demokratisch legitimierte Eingriffe nicht nur in unternehmerische Entscheidungsprozesse, sondern, auf unterschiedlichen Handlungsebenen und mit entsprechenden Instrumenten, auch in den Markt.

- Beginnend am Arbeitsplatz zielt eine andere, in den Worten des Positionspapiers der SP-Schweiz *gerechtere Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs)Macht* also auf die Einschränkung von Eigentumsrechten und nicht frontal auf die Eigentumsfrage.
- Sie rechnet nicht, wie die ‚alte‘ Wirtschaftsdemokratie des ADGB, an die das DGB-Grundsatzprogramm von 1949 noch einmal anknüpfte, auf einen zunehmend krisenfreien *organisierten Kapitalismus* (Hilferding),¹⁵ in dem es nur noch darauf ankommen würde Austauscheliten an die Schalthebel wirtschaftlicher Macht zu bringen.
- Die Erwartung ist also nicht, so die Interessen der Arbeitenden zur Geltung zu bringen, womit sich in den 1920er Jahren die Vorstellung eines fast gleitenden Übergangs zum Sozialismus verknüpfte – und der heute die Erwartung entspräche, durch einen Ausbau der Mitbestimmung sozusagen die soziale Marktwirtschaft wiederherstellen und vervollkommen zu können.
- Neue Wirtschaftsdemokratie setzt vielmehr stark auf das Gestaltungs- und Demokratisierungspotential der Arbeitenden Wirtschaftsbürger selbst – und damit rückt eben das emanzipatorische Potential von *neuer Arbeit* oder *Wissensarbeit* ins Zentrum der Überlegungen.
- Sie ist somit ein Reformansatz im Kapitalismus. Weitergehende Transformationen sind damit eine Frage, die durch eine ‚Neue Wirtschaftsdemokratie‘ offengehalten, bzw. wieder geöffnet wird, auf die sie aber noch nicht die Antwort ist.

Und bei all dem ist in die These zentral, dass ‚Neue Wirtschaftsdemokratie‘, wie vorne gezeigt, ihre entscheidende Basis in *neuer Arbeit* hat.

- Das ist insofern gut, als man sie dann leichter europäisch denken kann.
- *Die Montanmitbestimmung war*, wie Ulrich Borsdorf (1986) anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der WSI-Mitteilungen sehr zutreffend geschrieben hat, *die iso-*

¹⁵ Zur Unterscheidung von ‚alter‘ und ‚neuer‘ Wirtschaftsdemokratie im Zuge einer Auseinandersetzung mit dem Versuch von Victor Agartz, an das alte Konzept des ADGB nach 1945 neu anzuknüpfen, siehe ausführlich Martens 2015.

lierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräfteverhältnisse der Nachkriegszeit.

- Die isolierte Pragmatisierung eines neunzig Jahre alten Konzepts dürfte heute aber schwerlich Lösungsansätze auf der Höhe der Zeit bieten. Man muss Wirtschaftsdemokratie wie Arbeit neu denken.
- Das führt zu einem Reformansatz im Kapitalismus, der freilich Öffnungen über ihn hinaus neu schaffen könnte.
- Um diesen Reformansatz wirklich zu entfalten, wären aus unserer Sicht die Gewerkschaften besonders gefordert, die das Thema gegenwärtig sehr pragmatisch angehen, nämlich anknüpfend an alte Programmatiken und Mitbestimmungserfahrungen.

Wenn man den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Debatten und die Defensive und den Pragmatismus der deutschen Gewerkschaften unter diesem Blickwinkel betrachtet, muss man sagen: wir stehen noch ziemlich am Anfang damit, Wirtschaftsdemokratie neu zu denken. Doch wenn man Wirtschaftsdemokratie auf der Höhe der Zeit neu denken will, sollte man auch den Blick dafür schärfen, dass wir uns mitten in einem tiefgreifenden Umbruchsprozess befinden. Die Alternative zu einer ‚Neuen Wirtschaftsdemokratie‘ ist ja nicht, dass alles so bleibt, wie es ist, sondern dass sich die Verhältnisse in der Logik einer politisch entfesselten Marktökonomie weiter verschlechtern. In den sozialen Konflikten, die kommen werden, geht es also so oder so um *Veränderungsalternativen* – und zwar im Hinblick auf das demokratische Projekt der Moderne. Oder in den Worten des Politikwissenschaftlers Markus Pausch (2017): Es geht, angelehnt an das Denken Albert Camus, um *Demokratie als Revolte* gegen die Alltagsdiktaturen des Marktes im Zeichen einer Globalisierung im neoliberalen Geist.

Grundsätzlich gilt, dass das die Schnittstellen zwischen den rasch an Grenzen gestoßenen Debatten des FNPA und Beschlusslage und Aktionsplan der SP Schweiz bemerkenswert sind – trotz eines stärker auf seinen ökonomischen Kern fokussierten Verständnisses von Wirtschaftsdemokratie bei uns. Der gemeinsame Workshop mit Repräsentanten der SP Schweiz im September 2018 hat das gezeigt.¹⁶ Was auffiel, waren aber auch einige Unterschiede:

- (1) Die SP-Schweiz (bzw. deren Denknetzwerk) haben ihre Arbeit bemerkenswert früh (2004) aufgenommen – jedenfalls gemessen an der kurzen *Kurswechseldebatte* bei uns.
- (2) Die Forderung nach einer *starken Demokratie*, danach Demokratie von einer Herrschafts- hin zu einer Lebensform zu entwickeln, wird für die SP Schweiz zum Kern eines Hegemonieprojekts gemacht. Einerseits wird so, wie in unserer Debatte, der direkte Angriff auf die Bastionen der Wirtschaft (Eigentumsfrage, Probleme wirtschaftlicher Steuerung) umgangen. Das trägt den konser-

¹⁶ Vorbereitende Arbeitspapiere und Ergebnisse des Workshops werden auf der Homepage des FNPA (www.fnpa.eu) ausführlich dokumentiert.

vativen Mehrheiten in der Schweiz Rechnung. Andererseits gewinnt das Projekt dennoch beachtliche Radikalität – und es kann eher an den Alltag der Menschen anknüpfen.

- (3) Unter anderem wird viel Gewicht auf den Genossenschaftsgedanken gelegt. Es gibt marktbeherrschend starke Konsumgenossenschaften und spezifische Traditionen, an die dabei angeknüpft werden kann.
- (4) Die Kapitalismuskritik ist bemerkenswert radikal formuliert - nicht nur in dem parteipolitisch nicht gebundenen *Denknetz* (angemessene Akzentuierung der multiplen Krisenprozesse, Aufnahme von Debattensträngen weit links von den sozialdemokratischen Diskursen hierzulande).
- (5) Die kritische Gegenwartsanalyse der SP Schweiz weitet sich so zu einer radikalen Herrschaftskritik (Genderfrage, ökologische Krise), während die Debatten der politischen Linken hierzulande sehr stark nur die soziale Frage in den Vordergrund rücken.
- (6) Es ist bemerkenswert, wie stark die SP Schweiz den Transformationsaspekt betont, und zwar (a) anknüpfend an gute Traditionen der Sozialdemokratie und (b) auf der Linie, es gelte, *das Neue im Alten zu entwickeln*, was eigentlich nur bedingt der zentralistisch ‚von oben‘ her denkenden sozialdemokratischen Tradition entspricht.¹⁷

Wenig überraschend spielte auf unserer gemeinsamen Veranstaltung die Frage eine große Rolle, welche Erfahrungen die SP Schweiz bei ihren Versuchen macht, so auch in den öffentlichen Diskurs zu kommen.¹⁸ Ihr Anspruch ist es ja, tatsächlich ein linkes Hegemonieprojekt anzugehen, wobei man sich nicht nur auf Gramsci beziehen könnte, sondern wiederum auch auf Camus. Uns begegnet in der SP Schweiz eine sehr andere, vor allem eine sehr offensive Argumentation, wie man sie sich hierzulande in der Sozialdemokratie bislang nicht vorstellen kann und wie es sie auch im gewerkschaftlichen Kontext nicht gibt. Es fällt auf, dass die multiplen Krisenentwicklungen in allen ihren Dimensionen aufgegriffen werden und dagegen versucht wird, konkrete Utopien zu formulieren. Der hierzulande medial noch weithin ungebrochen herrschende neoliberale Diskurs, wird mit einer solchen *wirtschaftsdemokratischen Offensive* massiv angegriffen. Man ist versucht, mit Rosa Luxemburg zu sagen (sinngemäß): *die erste revolutionäre Tat besteht darin, die Wahrheit auszusprechen*

¹⁷ Einmal mehr geht es hier um Richard Sennetts Unterscheidung von *politischer* und *sozialer Linker*. Es fällt auf, dass es bei den Schweizer Sozialdemokraten hie und da Bezüge auf den spanischen Syndikalismus gibt. Wermuth/Zwicky (2018a) sprechen in Bezug auf das Positionspapier und den Aktionsplan von einer *leicht libertär-anarchististische Note*. Ganz im Sinne von Andrea Ypsilanti wird Camus auch hier wieder aktuell.

¹⁸ In der SZ vom 23. 05. 2018 finden sich ein längerer Bericht im Wirtschaftsteil und ein Kommentar im Politikteil, in denen berichtet, und tendenziell positiv kommentiert wird, dass Aktivisten und Ärzte von den Schweizer Pharamfirmen Roche und Novartis niedrige Medikamentenpreise fordern. Die Autoren, darunter Repräsentanten von Gruppen, die an dem Papier *Toxic Pharama* beteiligt sind, fordern von der Schweizer Regierung den Erlass von Zwangslizenzen um die Preise neuer Produkte konsumentenfreundlich zu gestalten und *Profite wie im Drogenhandel* unmöglich zu machen.

– oder mit der Lyrikerin Ingeborg Bachmann: *den Menschen ist die Wahrheit zuzumuten.*

Literatur

- Abelshauer, W. (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker, Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn
- Brandt, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München
- Camus, A. (2010): Prometheus in der Hölle, in: Hochzeit des Lichts, Zürich, S. 107-112
- (2016): Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbeck bei Hamburg
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen3/1986, S. 264-278
- Demirovic, A. (2018) (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken, Münster (im Erscheinen)
- Habermas, J. (2008): Nach dem Bankrott. Der Privatisierungswahn ist an sein Ende gekommen. Nicht der Markt, sondern die Politik ist für das Gemeinwohl zuständig. Ein Gespräch mit dem Philosophen Jürgen JHabermas, in: Die Zeit, Nr. 46, 6. 11. 2008
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechsellkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- Jahrbuch 2006 Denknetz (2006): Radikale Demokratie statt Korporatismus. Zur Aktualität der kritik der politischen Ökonomie
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt am Main./NewYork
- Kuhls, H. (2016a): Eine Steife Brise umweht das Steuerdeck. Die Umbildung der Labour-Fraktionsspitze, in: Sozialismus, 2/2016, S. 2-6
- (2016b): Die Labour Party vor der Spaltung?, in Sozialismus, 10/2016, S. 2-6
- Lehndorff, S. (2014): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Martens, H. (2010) Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- (2015): Alte und neue Wirtschaftsdemokratie, in: Sozialismus 2/2015, S. 44-48
- (2016): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik, Hamburg
- (2018a): Solidarität und Zusammenarbeit gegen das neoliberale Rollback. Zur Aktualität und unumgänglichen theoretischen Refundierung einer alten Fragestellung, (Veröffentlichung in Vorbereitung, Erstfassung auf www.drhelmutmartens.de
- (2018b): Mit dem ‚Pessimismus des Gedankens‘ ringen, um weiter zuversichtlich politisch zu handeln. Ein Essay, www.drhemutmartens.de
- Martens, H.; Scholz, D.(2010): Wirtschaftsdemokratie neu denken, www.FNPA.de
- Meine, H.; Schumann, M.; Urban, H.-J. (Hg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Neckel, S. (2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas’schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Positionspapier SP Schweiz (2016): Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen, https://www.sp-ps.ch/sites/.../positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf
- Sanders, B., (2017): Unsere Revolution. Wir brauchen eine gerechte Gesellschaft, Berlin
- Schirmacher, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Schmidt, E. (1991): Die Verhinderte Neuordnung, Frankfurt am Main
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Scholz, D.; Wolf, F. O. (Hg.): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, A.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Pieper, W.; Wolf, F. O. (2009): Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa, Münster
- Sennett, R (2014) Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, München

- Streeck, W. (2015): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Erweiterte Ausgabe, Berlin
- Urban, H. J. (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus, Hamburg
- Wermuth, C. (2017): "Corbyn wäre bei uns in der Mitte", Der Schweizer Sozialdemokrat Cédric Wermuth über Wirtschaftsdemokratie und Politik jenseits des Kapitalismus, in Neues Deutschland 24./24. 09. 2017
- Wermuth, C.; Zwicky, P. (2017): Make Social Democracy Great Again. 10 Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie, in: Widerspruch, Heft 69 2017, S. 79-92
- (2018a): Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation – Erfahrungen aus der Schweiz, Vortrag auf dem FNPA-Workshop Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation – Erfahrungen aus der Schweiz“, Berlin 08.09.2018
 - (2018b): Einige Anmerkungen zur „Wirtschaftsdemokratischen Offensive“ der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Manuskript
- Wolf, F. O. (2001): ‚Selberausbeutung‘ im Übergang wohin? – Überlegungen zur ‚Neuen Arbeit‘ im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten, in: Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York, S. 211- 242
- Ypsilanti, A. (2018): Und dann regieren wir uns selbst, Berlin
- Zinn, K. G. (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg
- Zoll, R. (2000): Was ist Solidarität heute? Frankfurt am Main